

XXII. GP.-NR**195/J****2003 -03- 19****ANFRAGE**

der Abgeordneten Parnigoni, Lackner
und GenossInnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Zollwache in Vorarlberg

Zur Erfüllung der Schengen-Verpflichtungen und der rein zollrechtlichen Aufgaben würde die Vorarlberger Zollwache derzeit ca. 600 - 700 Bedienstete benötigen. Die systemisierte Untergrenze beträgt derzeit lediglich 300. Der tatsächliche Stand an Bediensteten ist allerdings mit 250 Beschäftigten am absolut unteren Limit. Bis Jahresende zeichnet sich ein Stand von sogar nur noch 230 Bediensteten ab. Die Vorarlberger Zollwache wird regelrecht ausgehungert.

Dies hat dazu geführt, dass zu Beginn dieses Jahres kleine Grenzübergänge nicht mehr bzw. nur zu Bürozeiten besetzt waren, allerdings auch dann nur mit einer Ein-Mann-Besetzung. Eine kleine Verbesserung ist durch das Anwerben von 15 Bediensteten aus anderen Bundesländern eingetreten. Dadurch konnte an den kleineren Grenzübergängen wenigstens während der Geschäftszeiten eine doppelte Besetzung vorgenommen werden. Aber selbst diese minimale Entlastung wird mit Ende März d. J. wieder wegfallen, da diese 15 Bediensteten wieder in ihre Bundesländer zurückkehren.

Dies hat dazu geführt, dass zu Beginn dieses Jahres kleine Grenzübergänge nicht mehr bzw. nur zu Bürozeiten besetzt waren, allerdings auch dann nur mit einer Ein-Mann-Besetzung. Eine kleine Verbesserung trat kurzzeitig durch das Anwerben von 15 Bediensteten aus anderen Bundesländern ein. Dadurch konnte an den kleineren Grenzübergängen wenigstens während der Geschäftszeiten eine doppelte Besetzung vorgenommen werden. Aber selbst diese minimale Entlastung wird mit Ende März d. J. wieder wegfallen, da diese 15 Bediensteten wieder in ihre Bundesländer zurückkehren.

Auch eine weitere Auslagerung von Aufgaben an die Mobile Überwachung scheint sehr problematisch. Die MÜG, die Mobile Überwachung, die besonders aus finanzpolitischer Sicht und aus Sicht der Steuergerechtigkeit eine große Bedeutung hat, kann bereits jetzt ihre Aufgaben nur eingeschränkt wahrnehmen.

Weiters hört man Klagen darüber, dass der zunehmend einsetzende Hubschraubertourismus die Grenzkontrolle vor große Probleme stellt und ebenfalls dazu angetan ist, das Sicherheitsgefühl der Vorarlberger Bevölkerung zu untergraben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Welche Initiativen werden Sie setzen, um eine weitere Aushungerung der Vorarlberger Zollwache zu verhindern?
2. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit man im Sinne des Artikels 6 des Schengen-Durchführungsübereinkommens von "geeigneten Kräften in ausreichender Zahl" zur Kontrolle und Überwachung der Außengrenzen sprechen kann? Sind diese Voraussetzung Ihres Erachtens gegenwärtig in Vorarlber gegeben? Wenn ja, wie begründen Sie dies? Wenn nein, wie kann man dieses Problem lösen?
3. Wie soll es konkret ab 1. April dieses Jahres an den kleineren Grenzen Vorarlbergs weitergehen, wenn 15 bis dato in Vorarlberg eingesetzte Dienstnehmer aus anderen Bundesländern wieder in ihre angestammten Bundesländer zurückkehren?
4. Teilen Sie die große Sorge jener Eltern, die aufgrund der Drogenliberalisierung in der Schweiz und der unbesetzten Grenzübergänge beunruhigt sind? Wenn ja, was tun Sie dagegen?
5. Welche Initiativen werden Sie setzen, dass auch im Bereich des Hubschraubertourismus geordnete Grenzkontrollen möglich sind?